

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 141 bis 150:

pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt. ~~Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder Englischbuch. Unser Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Zukunftskompetenzen wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in der digitalen Welt werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden sollen.~~

Damit Bildungsträger*innen und Lernende digitale Anwendungen zukünftig selbstbestimmt nutzen können, wollen wir ein umfassendes Förderprogramm aufsetzen, um Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen, Videokonferenzsysteme, Messenger, Anwendungen zum kollaborativen Arbeiten und weitere Dienste, weiter auszubauen, auf den Bildungsbereich anzupassen oder auch neu zu entwickeln. Die Förderung soll auch dazu beitragen, Schulen bei der Einrichtung und Wartung dieser neuen Angebote zu unterstützen und dieses zu professionalisieren, auch durch die Stärkung des digitalen Ehrenamts.

Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder Englischbuch. Unser Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Zukunftskompetenzen wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in der digitalen Welt werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden sollen.

Begründung

Die vergangenen zwölf Monate haben den massiven Nachholbedarf bei der Digitalisierung im Bildungsbereich deutlich gemacht. Statt Millionen für Lizenzen von Monopolkonzernen auszugeben, sollten wir Angebote fördern und weiterentwickeln, die sich gezielt an den Anforderungen des Bildungsbereichs anpassen. Hierfür kann auch die Bundesebene entsprechende Mittel bereitstellen, da sie dann unter freier und offener Lizenz allgemein genutzt werden können.

weitere Antragsteller*innen

Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Marie Schäffer (KV Potsdam); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Tabea Rößner (KV Mainz); Matthi Bolte-Richter (KV Bielefeld); Bijan Moini (KV Berlin-Mitte); Hanna Heicke (KV Emmendingen); Waltraud Oertel (KV Coesfeld); Christoph Neumann (KV Dortmund); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Julia Eisentraut (KV Lippe); Niklas Geßner (KV Solingen); Pascal Powroznik (KV Münster); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Thomas Blankenburg (KV Ilm-Kreis); Philipp Sean Giesinger (KV Kleve); Nikolas Becker (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Robin Wagener (KV Lippe); Anne Birkelbach (KV Paderborn); Björn Engel (KV Paderborn); Pascal Pfeiffer (KV Aachen); Dagmar Hanses (KV Soest); Yves Venedey (KV Berlin-Mitte); Michael Labetzke (KV Bremerhaven); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Sandra Heinrichsen (KV Unna); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Tilo Fuchs (KV Berlin-Mitte); Christoph Bose (KV Bonn); Christine Eismann (KV Bonn); Benedikt Wildenhain (KV Essen); Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf)